

Vorbereitung Schlussprüfung

**Wissensfragen zum Lernbereich Gesellschaft
3- und 4-jährige berufliche Grundbildungen**

Lösungen

*Gewerblich-Industrielle Berufsfachschule Olten
Gewerblich-Industrielle Berufsfachschule Solothurn
Gewerblich-Industrielle Berufsfachschule Grenchen
Berufsbildungszentrum Gesundheit und Soziales Olten
Zeitzentrum Grenchen
Informatikschule Olten*

Liebe Lernende

Die ABU-Schlussprüfung im Lernbereich Gesellschaft wird aus ca. 40% Wissensfragen bestehen. Es können Fragen aus allen Unterrichtsthemen geprüft werden. Die an der Prüfung gestellten Wissensfragen sind nur inhaltlich identisch mit den Aufgaben dieses Dossiers, d.h. eine unterschiedliche Reihenfolge innerhalb eines Frageblocks ist möglich.

Der Rest der Prüfung besteht aus Problemlösungsaufgaben zu ausgewählten Vertiefungsthemen.

Typische Problemlösungsaufgaben sind:

- *Beurteilen von rechtlichen Fragen (an der Prüfung erlaubtes Hilfsmittel: Gesetzestexte)*
- *eine eigene Meinung /Beurteilung abgeben und diese mit Fakten begründen*
- *Wissen auf aktuelle politische und gesellschaftliche Ereignisse anwenden*

Die Vertiefungsthemen werden Ihnen in der Woche vor den Frühlingsferien bekannt gegeben.

Zu beachten:

*Die Aufgaben, die mit

4

 gekennzeichnet sind, richten sich nur an die Lernenden der vierjährigen Grundbildungen.*

Wir wünschen Ihnen einen guten Schlusspurt und viel Erfolg.

Lehrpersonen ABU Kanton Solothurn

Inhaltsverzeichnis

Unterrichtsthema 1: Einstieg ins Berufsleben	4
Rechtsordnung / Rechtsgrundlagen	4
Unterrichtsthema 2: Konsum und Geld	6
Lohnabrechnung	6
Budget und Kassabuch	6
Geldinstitute.....	6
Zahlungsverkehr	7
Kaufvertragsarten.....	9
Konsumkredit und Leasing	9
Kaufrecht	10
Unterrichtsthema 3: Freizeit – Sicherheit - Risiko	13
Der Verein	13
Risikoverhalten / Suchtmittel	13
Versicherungen	14
Unterrichtsthema 4: Mensch und Wirtschaft	18
Wirtschaftskreislauf.....	18
Der erweiterte Wirtschaftskreislauf.....	19
Markt und Preisbildung.....	20
Umwelt, Ressourcen und nachhaltige Entwicklung	21
Das Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft	22
Unterrichtsthema 5: Staat und Politik	24
Staatsgewalten und Gewaltentrennung.....	24
Abstimmen und wählen	25
Steuern	28
Unterrichtsthema 6: Globale Herausforderungen	31
Europäische Union und Europäische Integration.....	31
Internationale Organisationen	32
Globalisierung.....	33
Auswirkungen der Globalisierung	33
Unterrichtsthema 7: Partnerschaft und Gesellschaft.....	35
Zusammenleben in Konkubinats- und Ehe.....	35
Scheidungsrecht	36
Erbrecht.....	36
Migration	37
Unterrichtsthema 8: Berufliche Zukunft planen	38
Lebenslanges Lernen und Weiterbildung.....	38
Wichtige rechtliche Formen von Arbeitsverhältnissen	38
Rechte und Pflichten nach Einzelarbeitsvertrag (OR)	39
Bedeutung und Funktion der Sozialwerke	41
Unterrichtsthema 9: Selbstständig Leben.....	42
Finanzielle Möglichkeiten und Wohnformen	42
Wesentliche Grundlagen des Mietrechts.....	43
Privathaftpflicht- und Hausratversicherung.....	44

Unterrichtsthema 1: Einstieg ins Berufsleben

Rechtsordnung / Rechtsgrundlagen

1. **Unser Zusammenleben in der Schweiz wird von verschiedenen Normensystemen bestimmt, beeinflusst oder geregelt. Ordnen Sie die nachfolgenden Aussagen den entsprechenden Normensystemen korrekt zu:**

	Moral	Sitte	Recht
a. Dieses Normensystem ist allgemeingültig und schriftlich fixiert.			X
b. Ich folge einer eigenen Überzeugung, was in einer bestimmten Situation richtig ist und was nicht.	X		
c. Es gibt gesellschaftliche Umgangsformen, die nicht schriftlich geregelt sind, an die „man sich aber einfach hält“.		X	
d. Hunde zu essen ist in unseren Breitengraden nicht üblich.		X	
e. „Jeder Schwangerschaftsabbruch ist Mord“.	X		
f. Diebstahl ist ein Vermögensdelikt.			X

2. **Geschriebenes Recht ist für alle verbindlich:**

Nennen Sie drei Rechtsgrundsätze der schweizerischen Rechtsordnung!

- **Rechtsgleichheit** (Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich)
- **Treu und Glauben** (In Rechtsgeschäften soll man davon ausgehen können, dass man einander vertrauen (Treu) und glauben kann. Man verhält sich ehrlich, loyal, und korrekt)
- **Beweislast** (Wer vor Gericht etwas behauptet, muss dies beweisen können)
- **Gerichtliches Ermessen** (Wo das Gesetz ungenau formuliert oder lückenhaft ist, entscheidet das Gericht nach eigenem Ermessen. Die Entscheidung muss aber objektiv, angemessen und begründet sein)
- **Keine Strafe ohne Gesetz** (Bestraft werden kann man nur für eine Tat, die durch ein Gesetz auch verboten ist)
- **Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter** (Privatrechtliche Streitigkeiten gelangen nur dann vor ein Gericht, wenn sich eine Partei wehrt, d. h. wenn sie eine Klage einreicht)
- **Im Zweifel für den Angeklagten**
- **Nichtwissen ist keine Entschuldigung**

3. **Ordnen Sie die Begriffe „Verordnung“, „Verfassung“, „Gesetz“ hierarchisch!**

- **Verfassung, Gesetz, Verordnung**

4. **Wer ist gemäss Gesetz rechtsfähig?**

- **Rechtsfähig sind alle Menschen**

5. **Wer ist urteilsfähig?**

- **Alle Personen, die ihre Handlungen richtig abschätzen können. Das Gesetz legt kein genaues Alter fest.**

6. **Welches sind die Voraussetzungen der Handlungsfähigkeit?**

- **Wer volljährig und urteilsfähig ist.**

7. *Wie kommt ein Vertrag zustande?*

- **Durch übereinstimmende gegenseitige Willensäußerung**

8. *Wer darf einen Vertrag abschliessen?*

- **Wer handlungsfähig ist.**

9. *Verträge sind grundsätzlich einzuhalten. Es gibt aber auch nichtige Verträge. Diese Verträge werden so behandelt, als ob sie nicht existieren würden. Nennen Sie die drei Nichtigkeitsgründe:*

- **Unmöglicher Vertragsinhalt**
- **Widerrechtlicher Vertragsinhalt**
- **Unsittlicher Vertragsinhalt**

10. *Welche der folgenden Nennungen sind juristische Personen? Unterstreichen Sie.*

Staatsanwalt

Stiftung

Gerichtsschreiber

Verein

Genossenschaft

Gemeindepräsident

Aktiengesellschaft

Jurist

Unterrichtsthema 2: Konsum und Geld

Lohnabrechnung

11. Nennen Sie zwei Lohnabzüge, welche dem Bruttolohn von über 18-jährigen Arbeitnehmenden immer abgezogen werden:

AHV, IV, EO, ALV

Budget und Kassabuch

12. Ein Budget setzt sich aus Fixkosten und variablen Kosten zusammen. Nennen Sie je zwei Beispiele für

Fixkosten:

- **Miete und Nebenkosten, Krankenkasse, ÖV-Abo, unlimitiertes Handy-Abo**

Variable Kosten:

- **Hobby und Freizeit, Kleider und Schuhe, Körperpflege, Coiffeur, u.a.**

13. Setzen Sie die korrekten Begriffe ein:

Im Kassabuch werden **Einnahmen** und **Ausgaben** in chronologischer Reihenfolge in zwei separaten Spalten ausgewiesen, um eine Übersicht über die Finanzen zu haben.

Geldinstitute

14. Was bedeutet Passiv- und Aktivgeschäft bei einer Geschäftsbank und wie erzielt sie damit einen Gewinn?

Passivgeschäft: Die Bank erhält von den Kunden Geld und bezahlt dafür einen Zins.

Aktivgeschäft: Die Bank gewährt Kredite zu einem Zins, der höher liegt als beim Passivgeschäft und erzielt dadurch einen Gewinn.

15. Die Dienstleistungsgeschäfte sind weitere Tätigkeiten der Geschäftsbanken. Schreiben Sie zwei konkrete Dienstleistungsgeschäfte auf.

Zahlungsverkehr, Vermögensverwaltung, Wertschriftenhandel, Geldwechsel, Vermietung von Sa-fes etc.

16. Notieren Sie die Hauptaufgabe der Schweizer Nationalbank (SNB).

Preisstabilität anstreben (Steuerung des Geldumlaufs, Währungskurse zu den wichtigsten Wäh-rungen z.B. Euro, Dollar etc. stabil halten, Kredite an Geschäftsbanken gewähren etc.)

Zahlungsverkehr

17. Beschreiben Sie je zwei Merkmale der folgenden Zahlungsarten!

Zahlungsart	Beschreibung
a. E-Banking	Ich habe via Internet Zugang zu meinem Konto. Ich habe jederzeit Einblick auf mein Konto. Ich kann jederzeit selber Zahlungen vornehmen.
b. Kreditkarte	Die Kreditkartenfirma (z.B. Mastercard, VISA) bezahlt meine Auslagen und fordert das Geld einmal im Monat bei mir ein. Sie gewährt mir also einen Kredit. Gegen Gebühr kann ich auch Bargeld am Automaten beziehen.
c. Debitkarte	Mit der Debitkarte (z.B. Maestrocad, Postcard) kann ich am Automaten Geld beziehen sowie in Geschäften bezahlen. Der Betrag wird laufend meinem Konto belastet.
d. Twint	Kostenloser Downlaod, bargeldlose Überweisungen an Freunde und Bekannte in Echtzeit, nur in der Schweiz möglich, ausgelöste Überweisungen können nicht storniert werden.

18. Wenn die Bank beauftragt wird, regelmässig einen festen Betrag an den gleichen Empfänger zu überweisen, spricht man von einem

Dauerauftrag

19. Wenn ich mit der Bank vereinbare, dass Rechnungen von bestimmten Unternehmen an die Bank geschickt und von ihr direkt beglichen werden, spricht man von einem

Lastschriftverfahren

20. Aussagen zu Kredit-/Debitkarten

	r	f
a. Beim Bezahlen mit der Kreditkarte wird mein Konto sofort belastet.		x
b. Beim Bezahlen mit der Debitkarte wird mein Konto sofort belastet.	x	
c. Mit einer Debitkarte kann ich unbeschränkt Geld von meinem Konto beziehen.		x
d. Kreditkarten bergen die Gefahr des Missbrauchs bei Verlust.	x	

21. Nennen Sie je einen Vorteil und einen Nachteil von Debit-Karten:

Vorteil:

- Man muss weniger Bargeld auf sich tragen (Diebstahl- und Verlustrisiko ist kleiner)
- Bargeldbezüge rund um die Uhr möglich
- Hohe Sicherheit bei Geheimhaltung des PIN-Codes

Nachteil:

- Schlechtere Kontrolle über eigene Ausgaben
- Gefahr des Missbrauchs bei Verlust (falls PIN-Code bekannt oder Skimming)

22. Nennen Sie je einen Vorteil und einen Nachteil von Kreditkarten:

Vorteil:

- Man muss weniger Bargeld auf sich tragen (Diebstahl- und Verlustrisiko ist kleiner)
- Konsum via Internet ist oft nur mit Kreditkarte möglich
- Zur Leistung von Kauttionen (z.B. Automiete, Hotelreservationen) genügt die Angabe der Kreditkartennummer

Nachteil:

- Schlechtere Kontrolle über eigene Ausgaben (Verschuldungsgefahr)
- Gefahr des Missbrauchs bei Verlust oder Skimming
- Gefahr des Missbrauchs bei unseriösen Onlinegeschäften
- Jahresgebühr (ausser bei Gratis-Karten, z.B. von Migros und Coop)

23. Aussagen zu Bankkonten:

	r	f
a. Auf Sparkonten richtet die Bank einen leicht höheren Zins aus als auf Lohnkonten.	x	
b. Auf Sparkonten hat man einen über Jahre garantierten Zins.		x
c. Die Zinserträge der Sparkonten müssen nicht versteuert werden.		x
d. Ein Sparkonto gilt als sichere Geldanlage; bei einem Konkurs der Bank sind Beträge bis 100'000.- pro Kunde/Kundin vor Verlust geschützt.	x	

24. Aussagen zur Betreibung

	r	f
a. „Betreibung“ bezeichnet das Eintreiben von Geldschulden durch den Staat.	x	
b. Mit dem Rechtsvorschlag macht der Schuldner dem Gläubiger einen Abzahlungsvorschlag für die Schuld.		x
c. Der erste Schritt im Betreibungsverfahren ist ein Gerichtsentscheid.		x
d. Die Betreibung auf Pfändung wird auf einzelne, natürliche Personen angewendet.	x	
e. Bei einer Pfändung dürfen nur die sogenannten Kompetenzstücke mitgenommen werden.		x
f. Der Lohn kann bis auf das Existenzminimum gepfändet werden.	x	
g. Wer betrieben wird, wird ins Betreibungsregister eingetragen.	x	

Kaufvertragsarten

25. Ordnen Sie folgende Vertragsarten den entsprechenden Merkmalen zu.

1. Gewöhnlicher Kreditkauf	b)	a. Sie kaufen ein Motorrad und bezahlen direkt bei der Übergabe.
2. Konsumkredit	d)	b. Sie kaufen ein Fahrrad und zahlen gegen Rechnung mit Einzahlungsschein innert 30 Tagen.
3. Barkauf	a)	c. Sie benützen ein Auto, für das Sie eine monatliche Rate bezahlen. Bei Vertragsablauf geben Sie das Auto zurück.
4. Leasing	c)	d. Sie nehmen bei der Bank Geld auf und finanzieren sich damit Ihre Weiterbildung.

26. Kaufverträge, die in der Wohnung, am Arbeitsplatz, bei Werbeveranstaltungen u.Ä. abgeschlossen werden, unterliegen besonderen Bedingungen. Welche Aussagen zu diesem sogenannten Haustürkauf treffen zu?

	r	f
a. Gegenstände, die an einer Werbefahrt gekauft werden, können nur zurückgegeben werden, wenn das im Vertrag ausdrücklich erwähnt wurde.		x
b. Die Rücktrittsfrist beträgt 14 Tage	x	
c. Ein Rücktrittsrecht besteht auch dann, wenn der Gegenstand weniger als CHF 100.- gekostet hat.		x
d. Ein Versicherungsvertrag, der in der Wohnung abgeschlossen wird, fällt nicht unter die rechtlichen Bestimmungen des Haustürkaufs.	x	

27. Aussagen zu Widerrufsfristen bei Verträgen

	r	f
a. Verträge sind einzuhalten und können in der Regel nicht widerrufen werden.	x	
b. Ein Haustürkauf kann nur innert 3 Tagen widerrufen werden.		x
c. Ein Kaufvertrag kann grundsätzlich nicht widerrufen werden.	x	
d. Konsumkreditverträge können innert 14 Tagen widerrufen werden.	x	

Konsumkredit und Leasing

28. Entscheiden Sie, ob die Aussagen zum Konsumkredit richtig sind!

	r	f
a. Die rechtlichen Bestimmungen zu Konsumkrediten sind im Obligationenrecht nachzulesen.		x
b. Der Zins für einen Konsumkredit darf max. 20 % betragen.		x
c. Um einer Verschuldung zu entgehen, ist es ratsam, für geschuldete Steuern einen Konsumkredit aufzunehmen.		x
d. Unter Konsumkredit versteht man einen Barkredit für den privaten Konsum zwischen 500.- bis max. 80'000.- mit genau definierte Rückzahlungsbedingungen.	x	

29. Entscheiden Sie, ob die Aussagen zum Auto-Leasing richtig sind!

	r	f
a. Leasing ist eine Form von Konsumkredit.	x	
b. Der Leasingvertrag ist formlos gültig.		x
c. Bei einer vorzeitigen Auflösung des Leasingvertrages muss der Leasingnehmer mit Nachzahlungen rechnen (Neuberechnung der Leasingrate).	x	
d. Leasing ist eine günstige Form zur Finanzierung eines Privatautos.		x

30. Bei Abschluss eines Leasings können Sie innert einer gewissen Frist vom Vertrag zurücktreten.

- a. Wie lange dauert diese Frist?
 - **14 Tage**
- b. In welcher Form müssen Sie dem Verkäufer den Rücktritt bekanntgeben?
 - **Schriftlich eingeschrieben** (Datum des Poststempels genügt um die Widerrufsfrist einzuhalten)

31. Nennen Sie ein Argument, das für einen Leasingvertrag spricht.

- **Es braucht kein Ersparnis, um sich ein Konsumgut leisten zu können.**
- **Die monatlichen Kosten sind eher kalkulierbar.**
- **Der Leasingnehmer muss sich am Ende der Laufzeit nicht um den Verkauf des Gegenstandes (z.B. Fahrzeug) kümmern.**
- **Kaum Verschleissreparaturen, da es sich meist um Neuwagen handelt.**

32. Nennen Sie ein Argument, das gegen einen Leasingvertrag spricht.

- **Leasing ist teurer als Kauf/Barzahlung.**
- **Leasing ergibt höhere monatliche Fixkosten.**
- **Es besteht Verschuldungsgefahr.**
- **Man ist vertraglich über eine längere Frist gebunden.**

Kaufrecht

33. Wo finden Sie die gesetzlichen Bestimmungen über Kaufverträge?

	r	f
a. Im Obligationenrecht (OR)	x	
b. Im Zivilgesetzbuch (ZGB)		x
c. Im Handelsregister		x

34. Wann geht beim gewöhnlichen Kreditkauf das Eigentum an der Ware auf den Käufer über?

	r	f
a. Sobald der Käufer sich im Besitz der Ware befindet (bei Übergabe).	x	
b. Sobald der Käufer die Rechnung bezahlt hat.		x

35. Was gilt für die Verbindlichkeit von Offerten?

	r	f
a. Die Nichtbeantwortung einer schriftlichen Offerte gilt als Annahme.		x
b. Die Nichtbeantwortung einer schriftlichen Offerte gilt als Ablehnung.	x	
c. Ein mündliches Angebot gilt 24 Std.		x
d. Ein mündliches Angebot ist so lange verbindlich, wie das Verkaufsgespräch dauert.	x	

36. Welche Preisangaben sind für den Verkäufer verbindlich? Kreuzen Sie an, ob die Antworten richtig oder falsch sind.

	r	f
a. Preise in Prospekten und Katalogen		x
b. Preisanschriften in Schaufenstern	x	
c. Preise in Inseraten		x
d. Preisabmachungen in Kaufverträgen	x	

37. Wer eine unbestellte Sendung erhält, muss

	r	f
a. sie sofort ohne Porto zurückschicken.		x
b. sie frankiert zurückschicken.		x
c. dem Absender melden, er könne die Sendung zurückholen.		x
d. die Sendung weder aufbewahren noch zurückschicken.	x	

38. Nennen Sie vier Angaben, die eine rechtsgültige Quittung enthalten muss.

- Titel (Quittung)
- Name, Adresse des Verkäufers
- Name, Adresse des Käufers
- Datum/Ort
- Kaufgegenstand
- Betrag in Ziffern und in Worten
- Unterschrift des Verkäufers

39. Wie muss sich der Käufer nach Erhalt der Ware verhalten?

- Er muss sie sofort auf Mängel prüfen, allfällige Mängel dem Verkäufer melden und die Ware aufbewahren.

40. Der Verkäufer hat die Pflicht, einwandfreie Ware zu liefern. Welche 3 Möglichkeiten bestehen grundsätzlich für den Käufer, wenn die Ware Mängel aufweist?

- Er kann die Ware umtauschen bzw. Ersatzleistung.
- Er kann eine Preisreduktion verlangen bzw. Minderung.
- Als letzte Möglichkeit besteht die Auflösung des Kaufvertrages bzw. Wandelung.

41. Wenn der Käufer einen Mangel an der Ware feststellt, muss er diesen beim Verkäufer rügen. Wie lange hat er dazu Zeit?

	r	f
a. 30 Tage		x
b. unverzüglich / sofort	x	
c. 5 bis 7 Tage		x

42. Ein Kaufvertrag kommt zustande

	r	f
a. bei Annahme des Angebotes	x	
b. bei der Lieferung der Ware		x
c. bei der Bezahlung der Ware		x

43. Wie nennt man das Schriftstück, das Sie bei Erhalt mangelhafter Ware an den Verkäufer schreiben.

	r	f
a. Offerte		x
b. Betreibung		x
c. Mängelrüge	x	
d. Gesuch		x

44. Welches ist die wichtigste Verpflichtung des Käufers?

	r	f
a. Er muss die Ware schonend behandeln.		x
b. Er muss dem Verkäufer den Preis bezahlen.	x	
c. Er muss die Quittung aufbewahren.		x

Unterrichtsthema 3: Freizeit - Sicherheit - Risiko

Der Verein

45. Sie wollen einen Verein gründen. In welcher Gesetzessammlung finden Sie die rechtlichen Bestimmungen zum Vereinsrecht?

- **Zivilgesetzbuch (ZGB)**

46. Was versteht man unter dem Begriff „Statuten“?

- **Das sind die Regeln, die sich ein Verein gibt.**

47. Worüber müssen die Statuten eines Vereins zwingend Auskunft geben? Notieren Sie drei Punkte

4

- **Zweck des Vereins**
- **Organisation**
- **Mittel (Finanzierung)**

48. Ordnen Sie die nachfolgenden Vereinsorgane den unten aufgeführten Funktionen zu:

4

Aktuar/in, Kassier/in, Präsident/in, Revisor/in

a. Erledigt den Zahlungsverkehr und die Buchhaltung für den Verein.	Kassier/in
b. Prüft die Buchhaltung und berichtet der Mitgliederversammlung über die Buchführung.	Revisor/in
c. Erledigt die allgemeine Korrespondenz, verfasst Protokolle.	Aktuar/in
d. Leitet die Sitzungen und Mitgliederversammlung gemäss Traktandenliste, repräsentiert den Verein gegen aussen.	Präsident/in

Risikoverhalten / Suchtmittel

49. Jugendliche und junge Erwachsene gehen häufiger Risiken ein als ältere Menschen. Schreiben Sie drei unterschiedliche Arten von Risikoverhalten Jugendlicher und junger Erwachsenen auf!

- **Rausch-/Komatrinken**
- **Verkehrsdelikte wie Rasen, Fahren ohne Führerausweis**
- **Pöbeln, Gewaltverhalten**
- **Vandalismus**

50. Ist bei einem Verkehrsunfall ein strafbarer Tatbestand nachgewiesen, kann die Versicherung auf den Unfallverursacher zurückgreifen.

4

a. Wie heisst dieses Recht?

- **Regress**

b. Ordnen Sie die folgenden Begriffe nach Schwere des Verschuldens! Setzen Sie das schwerwiegendste Verschulden an die erste Stelle!

Begriffe: *Eventualvorsatz, leichte Fahrlässigkeit, Vorsatz, Grobfahrlässigkeit*

- **Vorsatz**
- **Eventualvorsatz**
- **Grobfahrlässigkeit**
- **leichte Fahrlässigkeit**

51. Nennen Sie vier Gründe, die das Unfallrisiko im Strassenverkehr erhöhen.

- **Unerfahrenheit/Unsicherheit**
- **Fahren unter Einfluss von Drogen**
- **Fahren unter Einfluss gewisser Medikamente**
- **Zu hohe Risikobereitschaft (Imponierverhalten)**
- **Übermüdung**
- **Stress/Konzentrationsschwäche**
- **Unaufmerksamkeit (Telefonieren, Geräte wie MP3-Player und GPS bedienen, Zigarette anzünden, etc.)**

Versicherungen

52. Versicherungen sollen vor den materiellen Folgen gewisser Situationen und Lebenslagen wie Unfall, Krankheit, etc. schützen. Schreiben Sie drei obligatorische Versicherungen auf.

- **Krankenpflege-Grundversicherung**
- **Nichtberufsunfallversicherung (NBU)**
- **Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)**
- **Invalidenversicherung (IV)**
- **Erwerbsersatzordnung (EO)**
- **Arbeitslosenversicherung (ALV)**

53. Im Versicherungswesen spielt das Solidaritätsprinzip eine wichtige Rolle. Welche der Aussagen umschreiben das Solidaritätsprinzip?

	r	f
a. Alle bezahlen in einen grossen Topf ein, damit denjenigen, denen etwas zustösst, geholfen werden kann.	x	
b. Gesunde bezahlen für Kranke und Verunfallte, Junge für Alte, Arbeitende für Arbeitslose, etc.	x	
c. Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.		x
d. Jedes Mitglied einer Gemeinschaft steht für die anderen Mitglieder ein und umgekehrt.	x	

54. **Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung: richtig oder falsch?**

	r	f
a. Der Abschluss einer Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung ist für alle Motorfahrzeughalter/innen obligatorisch.	x	
b. Haftpflichtversicherungen decken nur Sach- aber keine Personenschäden.		x
c. Die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung zahlt den Hagelschaden an meinem Auto.		x

55. **Sie missachten die Vortrittsregel im Kreisverkehr und kollidieren mit dem Auto von Leo Gerber. Beide Fahrzeuge sind schrottreif.**

a. Wie müssen Sie versichert sein, damit die Versicherung den Schaden an Ihrem Fahrzeug bezahlt? Ich muss ein Vollkaskoversicherung abgeschlossen haben
b. Welche Versicherung bezahlt den Schaden am Fahrzeug von Leo Gerber? Meine Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung
c. Welchen Einfluss hat dieser Unfall auf Ihre künftige Prämienzahlung? Ich erhalte einen sog. Malus, → Meine Prämie steigt.
d. In welchem Fall könnte die Versicherung auf Sie Regress nehmen? Wenn ich grobfahrlässig gehandelt habe, bspw. mit Drogen am Steuer war.

56. **Die obligatorische Krankenversicherung nach KVG (auch Grundversicherung oder Krankenkasse genannt):**

a. **Aussagen zur obligatorischen Krankenpflegeversicherung**

	r	f
a. Die Leistungen der Grundversicherung sind vom Gesetz vorgegeben und für alle Versicherten gleich.	x	
b. Die Grundversicherung ist für alle Einwohner/innen der Schweiz obligatorisch.	x	
c. Die Versicherungsgesellschaft kann einem chronisch kranken Menschen die Aufnahme in die Grundversicherung verweigern, da er zu viele Kosten verursacht.		x
d. Die Grundversicherung kann unter Einhaltung bestimmter Fristen gewechselt werden.	x	
e. Die Grundversicherung ist eine Sozialversicherung.	x	
f. Wer mind. 8h/Woche angestellt ist, kann die Unfallversicherung bei der Krankenkasse kündigen.	x	

b. Welche Aussagen zu den Kostenbeiträgen volljähriger Versicherter treffen zu?

	r	f
a. Die Kostenbeiträge der Versicherten heissen Prämie, Franchise und Selbstbehalt.	x	
b. Die Prämie für die Grundversicherung ist für alle Versicherten in der Schweiz gleich hoch.		x
c. Die Prämie ist der Kostenbeitrag der Versicherten, der auch zu bezahlen ist, wenn man keine Leistungen bezogen hat.	x	
d. Die Franchise ist ein Kostenbeitrag, der zwischen CHF 300.- und CHF 2500.- frei wählbar ist.	x	
e. Die Franchise bezeichnet den Betrag, den Sie im Krankheitsfall pro Jahr an die Behandlungskosten zu bezahlen haben.	x	
f. Versicherte mit einer hohen Franchise erhalten bessere Leistungen beim Arzt und im Spital.		x
g. Ist die Franchise beglichen, bezahlen Sie bei jeder weiteren Rechnung 10% (bis max. 700.- pro Jahr) aus der eigenen Tasche. Den Rest bezahlt die Krankenkasse.	x	
h. „Selbstbehalt“ bezeichnet die medizinischen Hilfsmittel, die man behalten kann.		x

57. Leistungen der Grundversicherung: Was wird von der Grundversicherung bezahlt?

	r	f
a. Untersuchungen und Pflegemassnahmen durch den Arzt	x	
b. Spitalaufenthalte in der allgemeinen Abteilung	x	
c. Heilmittel ohne ärztliche Verordnung		x
d. Heilungskosten für Skiunfall während eines Betriebsausfluges		x
e. Spitex	x	
f. Lohnausfall infolge Krankheit		x

58. Die Prämien für die Grundversicherung sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Nennen Sie drei Möglichkeiten, die Ihnen erlauben, Ihre persönliche Prämie zu reduzieren!

- Eine hohe Franchise wählen
- Wechsel zur jeweils günstigeren Krankenkasse
- Sparmodell (Hausarzt, HMO, Telemedizin o.ä.) der Krankenkasse wählen
- Wenn ich mehr als 8h/Woche erwerbstätig bin: Unfallversicherung kündigen

59. Erklären Sie den Begriff „Freizügigkeit“ in der Grundversicherung!

- Die Versicherten haben das Recht, ihre Krankenkasse selber zu wählen und bei Bedarf zu wechseln, ohne dass sie dadurch Nachteile haben. Die Versicherer dürfen niemanden abweisen.

60. Nennen Sie zwei Leistungen, die bei einer Krankenkasse mit einer Zusatzversicherung abgedeckt werden können?

- Spitalaufenthalt in halbprivater oder privater Abteilung
- Alternativmedizin
- Massnahmen zur Gesundheitsvorsorge wie Abonnemente für Fitness Center, Hallenbäder etc.
- Schutz- und Reiseschutzimpfungen
- Bade- und Erholungskuren
- Hauskrankenpflege und Haushaltshilfen
- Brillen und Kontaktlinsen
- Hilfsmittel
- Notfall- und Verlegungstransporte sowie Rettungs- und Bergungskosten
- Zahnbehandlungskosten, Zahnstellungskorrekturen und Massnahmen der Kieferchirurgie

61. Die Unfallversicherung: Welche Aussagen stimmen?

	r	f
a. Die Unfallversicherung übernimmt Leistungen bei Berufsunfall, Nichtberufsunfall und Berufskrankheiten.	x	
b. Arbeitgebende müssen ihre Arbeitnehmenden gegen Berufsunfall versichern.	x	
c. Die Unfallversicherung bezahlt bei voller Arbeitsunfähigkeit ein Taggeld (Lohnersatz), welches 80% des versicherten Lohnes entspricht.	x	
d. Die Prämie für die Berufsunfallversicherung bezahlen die Arbeitnehmenden.		x
e. Die Prämie für die obligatorische Versicherung der Nichtberufsunfälle gehen zu Lasten der Arbeitnehmenden. Abweichende Vereinbarungen zugunsten der Arbeitnehmenden bleiben vorbehalten.	x	

Unterrichtsthema 4: Mensch und Wirtschaft

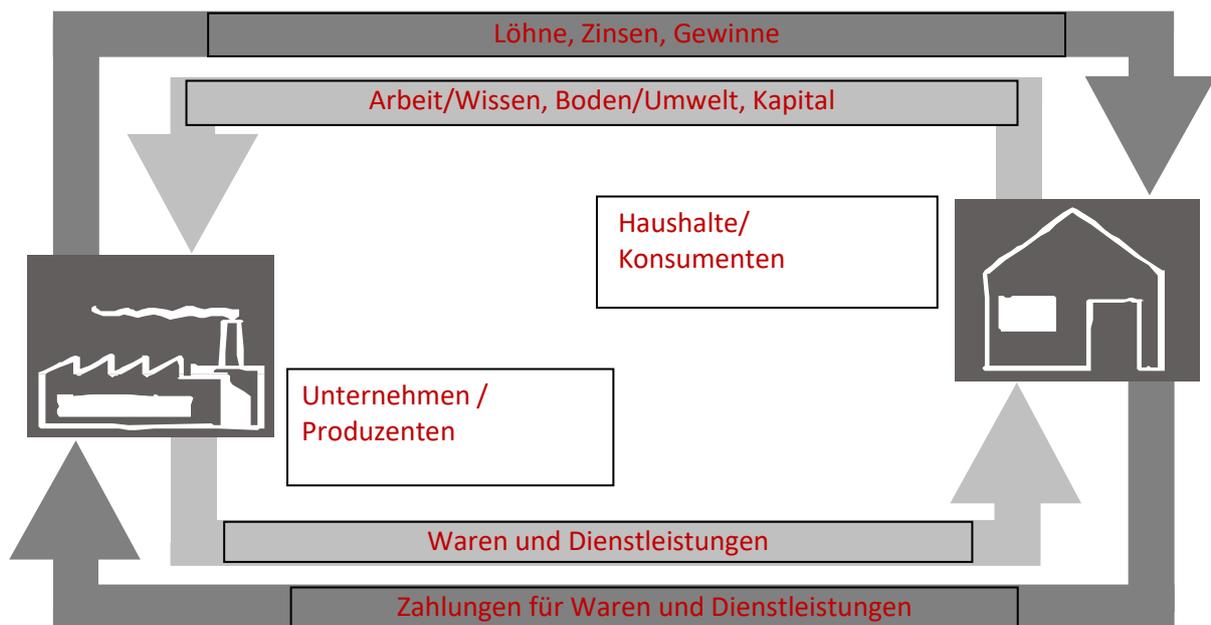
Wirtschaftskreislauf

62. **Bedürfnispyramide nach Maslow: Was versteht Maslow unter dem Bedürfnis „Sicherheit“? Beschreiben Sie in Stichworten und geben Sie zwei konkrete Beispiele dazu.**

Beschreibung	Der Wunsch nach Schutz vor den Gefahren des Lebens
Beispiele	Versicherungen, sicherer Arbeitsplatz, Alarmanlagen, Ordnung durch Gesetze

63. **Tragen Sie die folgenden Begriffe korrekt in die Rahmen ein:**

Unternehmen, Arbeit/Wissen, Konsumenten, Kapital, Haushalte, Waren und Dienstleistungen, Boden/Umwelt, Löhne, Produzenten, Zinsen, Gewinne, Zahlungen für Waren und Dienstleistungen



64. Aussagen zum Wirtschaftskreislauf:

4

	r	f
a. Die Haushalte stellen den Unternehmen Arbeit, Boden, Kapital und Wissen zur Verfügung.	x	
b. Gemeinden, die Kantone und der Bund zählen zu den öffentlichen Haushalten.	x	
c. Die Entschädigung für Boden/Umwelt heisst Lohn.		x
d. Das Bruttoinlandprodukt wird gemessen, indem man den Wert sämtlicher im Inland hergestellten Güter und Dienstleistungen pro Jahr zusammenzählt.	x	
e. Wenn der Güterstrom kleiner ist als der Geldstrom, dann herrscht Inflation.	x	
f. Vergleicht man das BIP pro Kopf verschiedener Länder, kann man Rückschlüsse auf den Wohlstand in den einzelnen Ländern ziehen.	x	
g. Das Wachstum einer Volkswirtschaft wird am BIP gemessen.	x	
h. Die Tätigkeiten der Unternehmen werden in drei Wirtschaftssektoren eingeteilt.	x	
i. In den hochentwickelten Ländern arbeiten im ersten Sektor am meisten Beschäftigte.		x

65. Um Güter und Dienstleistungen anbieten zu können, braucht es Produktionsfaktoren. Schreiben Sie die drei Produktionsfaktoren auf.

- Arbeit/Wissen, Boden/Umwelt, Kapital

66. Erklären Sie den Begriff „Wohlstand“.

- Materieller Lebensstandard; Möglichkeit, über Güter und Dienstleistungen zu verfügen

67. Erklären Sie den Begriff „Wohlfahrt“.

- Lebensqualität; dazu gehört Wohlstand, aber auch nicht materielle Werte wie Gesundheit, Gerechtigkeit, Freiheit oder intakte Umwelt

68. Richtig oder falsch? Kreuzen Sie an.

	r	f
a. Je mehr materielle Güter der Bevölkerung zur Verfügung stehen, desto höher ist der Wohlstand.	x	
b. Der Wohlstand kann mit dem Bruttoinlandprodukt pro Kopf gemessen werden.	x	
c. Wohlfahrt ist eine andere Bezeichnung für Reichtum.		x
d. Wohlfahrt ist eine andere Bezeichnung für Lebensqualität.	x	

Der erweiterte Wirtschaftskreislauf

69. Notieren Sie alle Teilnehmer des erweiterten Wirtschaftskreislaufes?

4

- Haushalte/Konsumenten
- Unternehmen/Produzenten
- Banken
- Staat
- Ausland

70. Wer hat welche Rolle im Wirtschaftskreislauf? Ordnen Sie die Ziffern den entsprechenden Buchstaben zu.

4

- | | |
|--|----------|
| a. Öffentliche Aufträge vergeben und Subventionen bezahlen | 2 |
| b. Kredite an Private gewähren | 1 |
| c. Waren herstellen | 4 |
| d. Die Geldmenge vergrössern oder verkleinern | 5 |
| e. Arbeit, Boden, Kapital und Wissen zur Verfügung stellen | 3 |
-
1. Banken
 2. Staat
 3. Konsumenten/Haushalte
 4. Produzenten/Unternehmen
 5. Nationalbank

Markt und Preisbildung

71. In der Marktwirtschaft wird der Preis von Waren und Dienstleistungen über Angebot und Nachfrage gesteuert. Sind die Behauptungen richtig oder falsch?

	r	f
a. Der Markt ist der Ort, wo sich Angebot und Nachfrage treffen.	x	
b. Werbung bezweckt die Steigerung der Nachfrage nach einer Ware.	x	
c. Das Angebot kann den Preis beeinflussen.	x	
d. Eine steigende Nachfrage bei gleichbleibendem Angebot erhöht den Preis.	x	
e. Eine Zunahme des Angebotes führt bei gleichbleibender Nachfrage zu einer Erhöhung des Preises.		x

72. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Lesen Sie die zwei Fallbeispiele und umrahmen Sie die zutreffenden Begriffe.

	Angebot	Nachfrage	Preis
Die Apfelernte hat noch nicht eingesetzt, doch viele Schweizer möchten heute schon Äpfel konsumieren.	klein/gross	klein/gross	tief/ hoch
Die Konsumenten verlieren das Interesse an frischen Schweizer Äpfeln, doch die Lager sind noch fast voll.	klein/ gross	klein/gross	tief/hoch

73. Was misst der Landesindex der Konsumentenpreise?

- **Der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) misst die Preisentwicklung der für die privaten Haushalte bedeutsamen Waren und Dienstleistungen.**

74. **Teuerung hat Kaufkraftverlust zur Folge. Erklären Sie den Begriff „Kaufkraftverlust“!**

- Die Kaufkraft gibt an, wie viel mit einer bestimmten Menge Geld konsumiert werden kann. Von Kaufkraftverlust spricht man, wenn die Preise steigen, ohne dass die Löhne auch steigen: Mit dem Lohn kann weniger konsumiert werden.

Umwelt, Ressourcen und nachhaltige Entwicklung

75. **Was versteht man grundsätzlich unter Nachhaltigkeit? Erklären Sie!**

- Nachhaltigkeit bedeutet, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne dabei den zukünftigen Generationen diese Möglichkeit zu nehmen. (Der Begriff stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft: Holz sollte nur soweit geschlagen werden, dass auch den nachfolgenden Generationen noch genügend zur Verfügung stand.)

76. **Nachhaltigkeit soll innerhalb dreier Aspekte zum Tragen kommen: ökologisch, ökonomisch und sozial. Ordnen Sie folgende Ziele den entsprechenden Aspekten zu:**

4

Lebenswerte Gesellschaft für alle, Schaffung von Arbeitsplätzen, schonender Umgang mit natürlicher Umgebung, Artenvielfalt, Schutz der Ressourcen vor Ausbeutung, Klimaschutz, sozialer Ausgleich

Ökologische Nachhaltigkeit	Ökonomische Nachhaltigkeit	Soziale Nachhaltigkeit
<i>schonender Umgang mit natürlicher Umgebung</i>	<i>Schaffung von Arbeitsplätzen</i>	<i>Lebenswerte Gesellschaft</i>
<i>Artenvielfalt</i>		<i>sozialer Ausgleich</i>
<i>Schutz der Ressourcen vor Ausbeutung</i>		
<i>Klimaschutz</i>		

77. **Kreuzen Sie die zutreffenden Aussagen an!**

	r	f
a. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sichert die Bedürfnisbefriedigung der zukünftigen Generationen.	x	
b. Die Schweizer Politik fördert eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.	x	
c. Ein grosses Problem unserer Zeit stellt die nachhaltige Energieversorgung dar.	x	
d. Der natürliche Treibhauseffekt wird durch den Menschen verursacht.		x

78. **Fairer Handel (Fair Trade)**

4

	r	f
a. Fair Trade ist eine Tochtergesellschaft der WTO.		x
b. Mit dem Kauf von Fair Trade-Produkten können Konsumenten zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen in Entwicklungsländern beitragen.	x	
c. Fair Trade ermöglicht den Produzenten verlässlichere und höhere Einkommen, weil sie ihre Produkte zu höheren Preisen als auf dem Weltmarkt absetzen können.	x	

79. Welches der folgenden Labels steht für fairen Handel? Kreuzen Sie an!

4

	r	f
a. Bio-Suisse		x
b. Max Havelaar	x	
c. M-Budget		x

Das Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft

80. Die Wirtschaftsordnung der Schweiz ist die soziale Marktwirtschaft.

Ordnen Sie den folgenden Merkmalen die entsprechenden Instrumente zu!

Merkmale	Instrumente
Wettbewerbsgerechtigkeit	Konsumentenschutz
Soziale Sicherheit	Sozialversicherungen
Sicherstellung von Dienstleistungen für kollektive Bedürfnisse wie Schulen, Spitäler, Verkehrsnetz, etc.	Bildung für alle
Verteilung des Volkseinkommens	Steuerprogression
Eingriffe in den Markt bei Fehlentwicklungen	Umweltschutz
Wirtschaftshilfe für bestimmte Branchen und Regionen	Direktzahlungen

Instrumente

- a. Steuerprogression: Hohen Einkommen werden prozentual mehr Steuern berechnet als kleinen Einkommen.
- b. Sozialversicherungen: Sie schützen vor den Risiken Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Unfall.
- c. Konsumentenschutz: Der Preisüberwacher interveniert, wenn Preise hoch gehalten werden, weil der Wettbewerb nicht spielt.
- d. Umweltschutz: Der Staat macht Vorschriften, um die natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft zu schützen.
- e. Bildung: Der Besuch der Volksschule ist unentgeltlich und obligatorisch.
- f. Direktzahlungen: Mit Direktzahlungen werden landwirtschaftliche Betriebe unterstützt.

81. Die Rolle des Staates in der sozialen Marktwirtschaft. Welche Aussagen treffen zu?

	r	f
a. Die soziale Marktwirtschaft will die persönliche wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit verbinden.	x	
b. Die Wirtschaft funktioniert primär über den Markt.	x	
c. Der Staat plant, welche Konsumgüter produziert werden sollen.		x
d. Der Staat greift ins Wirtschaftsgeschehen ein, um soziale Spannungen und Fehlentwicklungen zu vermeiden.	x	
e. Der Staat schützt kranke, invalide oder mittellose Menschen durch Sozialversicherungen.	x	
f. Der Staat kann Wirtschaftszweige durch Subventionen unterstützen.	x	
g. Der Staat garantiert ein Recht auf Arbeit.		x

82. *Welches sind Massnahmen des Staates zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen?*

4

	r	f
a. Erhöhung der Lohnprozente für die AHV		x
b. Gewähren von Stipendien	x	
c. Erhöhen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung	x	
d. Prämienverbilligung für die Krankenkasse	x	

Unterrichtsthema 5: Staat und Politik

Staatsgewalten und Gewaltentrennung

83. Wie heisst die Regierungsform, in der das Volk Einfluss auf die Regierung nehmen kann?

	r	f
a. Diktatur		X
b. Absolute Monarchie		X
c. Demokratie	X	
d. Theokratie		X

84. Gewaltentrennung in einem Staat heisst:

	r	f
a. Es gibt weniger Gewalt im Land.		X
b. Das Volk hat das Gewaltmonopol.		X
c. Exekutive, Legislative und Judikative sind voneinander unabhängige Gewalten.	X	

85. Was wird mit der Gewaltentrennung bezweckt?

- **Verhinderung von Ansammlung grosser Macht bei einzelnen Personen oder Institutionen**

86. Staatsgewalten auf Bundesebene: Ordnen Sie den Buchstaben die Ziffern zu:

A. Legislative	2	1. Die Ausführung der Gesetze ist Sache des Bundesrates.
B. Exekutive	1	2. Gesetze entstehen im Parlament (National- und Ständerat).
C. Judikative	3	3. Die Rechtsprechung ist Sache des Bundesgerichtes.

87. Staatsgewalten auf Kantonsebene: Ordnen Sie den Buchstaben die Ziffern zu:

A. Legislative	2	1. Das Kantonsgericht/Obergericht
B. Exekutive	3	2. Der Kantonsrat/ der Grosse Rat
C. Judikative	1	3. Der Regierungsrat/ der Staatsrat

88. Die Teil-Autonomie der Kantone, d.h. das Recht, gewisse Aufgaben unabhängig vom Bund lösen zu dürfen, wird im Volk oft als „Kantönligeist“ bezeichnet. Politisch korrekt heisst dieses Organisationsprinzip

- **Föderalismus**

89. Welche Aufgaben können die Kantone eigenständig wahrnehmen?

4

	r	f
a. Organisation der Berufsfachschulen	x	
b. Verträge mit dem nahen Ausland eingehen		x
c. Spitäler eröffnen oder schliessen	x	
d. Übungsplätze für die Schweizer Armee aufheben		x
e. Öffentliche Bauten erstellen, z.B. Kunstmuseum	x	
f. Polizeikorps vergrössern oder verkleinern	x	
g. Strassenverkehrsgesetzgebung ändern		x

Abstimmen und wählen

90. Wer ist auf Bundesebene stimm- und wahlberechtigt?

- **Handlungsfähige (volljährig und urteilsfähig) Schweizer Bürger/innen**

91. Welches der folgenden politischen Rechte steht allen Einwohnern und Einwohnerinnen der Schweiz zu?

	r	f
a. Initiativrecht		x
b. Petitionsrecht	x	
c. Referendumsrecht		x
d. Wahlrecht		x
e. Stimmrecht		x

92. Innert welcher Frist müssen die Unterschriften für eine Initiative gesammelt werden?

- **Innert 18 Monaten**

93. Wie viele Unterschriften braucht es für eine Initiative?

	r	f
a. 50'000		x
b. 100'000	x	

94. Aussagen zum Initiativrecht:

	r	f
a. Eine Initiative ist angenommen, wenn das Volk und die Stände zustimmen.	x	
b. Mit einer Initiative kann gegen ein beschlossenes Gesetz Einspruch eingelegt werden.		x
c. Eine angenommene Initiative bewirkt eine Verfassungsänderung.	x	

95. Innert welcher Frist müssen die Unterschriften für ein fakultatives Referendum gesammelt werden?

- **Innert 100 Tagen**

96. Wie viele Unterschriften braucht es für ein fakultatives Referendum?

	r	f
a. 50'000	x	
b. 100'000		x

97. Aussagen zum fakultativen Referendumsrecht:

	r	f
a. Ein fakultatives Referendum ist angenommen, wenn das Volk und die Stände zustimmen.		x
b. Mit dem fakultativen Referendum wird über ein vom Parlament beschlossenes Gesetz eine Volksabstimmung erzwungen.	x	
c. Das Referendumsrecht wirkt beschleunigend auf das politische Geschehen.		x

98. Nennen Sie die vier wählerstärksten Parteien der Schweiz! (Name und Abkürzung)

- **Schweizerische Volkspartei (SVP)**
- **Sozialdemokratische Partei (SP)**
- **Freisinnig-demokratische Partei (FDP die Liberalen)**
- **Christlich-demokratische Volkspartei CVP / ab 1.1.2021 «Die Mitte»**

99. Parteien von links bis rechts

Im Folgenden sind einige Merkmale und Forderungen aufgeführt, die linke bzw. rechte Haltungen kennzeichnen. Ordnen Sie richtig zu:

	links	rechts
a. Staatliche Eingriffe auf das Notwendigste beschränken!		x
b. Für eine glaubwürdige Landesverteidigung mit einer gut gerüsteten Armee!		x
c. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken!	x	
d. Es braucht mehr staatliche Eingriffe und Unterstützung zum Schutz der Schwachen!	x	
e. Traditionelle gesellschaftliche Werte erhalten und pflegen!		x
f. Umweltschutz soll mehr vom Staat gefördert werden.	x	
g. Steuern und Abgaben senken!		x
h. Es braucht harte Massnahmen, um die Zuwanderung zu begrenzen!		x

100. Neben den Parteien sind auch Verbände wichtige Interessenvertretungen in der Politik. Nennen Sie drei grosse schweizerische Verbände!

4

z.B.

- Economiesuisse (Verband der Unternehmen Schweiz)
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
- Gewerkschaften wie UNiA, Hotel- & GastroUnion,
- Verkehrsclubs wie TCS, ACS und VCS
- Umweltverbände wie Pro Natura, WWF
- Etc.

101. Aussagen zum Nationalrat:

	r	f
a. Im Nationalrat sitzen 246 Parlamentarier.		x
b. Um eine Fraktion zu bilden, benötigt man mindestens fünf Mitglieder.	x	
c. Die Sitzungen nennt man Sessionen.	x	
d. Die Hauptaufgabe ist Recht durchzusetzen und zu regieren.		x

102. Jeder Kanton hat eine unterschiedliche Anzahl Sitze im Nationalrat zugute. Auf der Basis welcher Grösse werden den Kantonen die Anzahl Sitze im Nationalrat zugesprochen?

- Die Sitze werden entsprechend der Anzahl Einwohner in den Kantonen verteilt.

103. Aussagen zum Ständerat:

	r	f
a. Im Ständerat sitzen 46 Parlamentarier und Parlamentarierinnen.	x	
b. Die Mitglieder werden meistens nach dem Majorzwahlverfahren gewählt.	x	
c. Hat mehr Gewicht bei der Gesetzgebung als der Nationalrat.		x
d. Bevölkerungsreiche Kantone haben mehr Mitglieder als kleiner Kantone.		x

104. Die gemeinsame Sitzung von Nationalrat und Ständerat heisst:

- Vereinigte Bundesversammlung

105. Wer wählt den Bundesrat?

- Die Vereinigte Bundesversammlung

106. Panaschieren und kumulieren: Ordnen Sie den Buchstaben die Ziffern zu!

<p>A. Panaschieren bedeutet: 1.</p> <p>B. Kumulieren bedeutet: 2.</p>	<p>1. Ich streiche auf dem Wahlzettel einen oder mehrere Kandidierende und setze an deren Stelle handschriftlich einen oder mehrere Kandidierende anderer Listen (Parteien).</p> <p>2. Ich schreibe einen Kandidaten/eine Kandidatin zweimal auf den Wahlzettel.</p>
---	--

107. Aussagen zum Majorz-Wahlverfahren:

	r	f
a. Wer das absolute Mehr erreicht, ist gewählt.	x	
b. Parlamente werden in der Regel nach dem Majorzwahlverfahren gewählt.		x
c. Regierungen werden in der Regel nach dem Majorzwahlverfahren gewählt.	x	
d. Majorzwahl heisst Mehrheitswahl.	x	

108. Aussagen zum Proporz-Wahlverfahren

	r	f
a. Proporzwahl heisst Mehrheitswahl.		x
b. Die zu vergebenden Sitze werden im Verhältnis zum Wähleranteil der Parteien verteilt.	x	
c. Mit der Proporzwahl haben kleine Parteien bessere Chancen als mit der Majorzwahl.	x	
d. Der Nationalrat wird in der Regel nach dem Proporz-Wahlverfahren gewählt.	x	

Steuern

109. Wie jede Privatperson oder Unternehmung benötigt der Staat Einnahmen, um seine Aufgaben erfüllen zu können.

Nennen Sie vier Bereiche, bei welchen die Bevölkerung respektive Bevölkerungsgruppen von Steuergeldern (Dienstleistungen des Staates) profitieren können.

z.B.:

- **Als Strassenbenützer/in; als öV-Nutzer/in**
- **Als Patient/in im Spital**
- **Als Schüler/in, Lernende/r, Studierende/r**
- **Als Unterstützungsbedürftige (Fürsorge, AHV-, IV-Renten, Flüchtlingswesen)**
- **Als „Kulturkonsument/in“ (Bibliotheken, Theater, Konzerte...)**
- **Als Landwirt/in**

110. Vervollständigen Sie den Text:

In der Schweiz haben Bund, Kantone und Gemeinden das Recht Steuern zu erheben. Dies nennt man **Steuerhoheit** / *Steuerfreiheit*. Direkte Steuern sind Steuern auf Einkommen und Gewinnen- / **Vermögen** natürlicher Personen. Dabei müssen Personen mit hohen Einkommen prozentual *weniger* / **mehr** Steuern bezahlen als jene mit tieferen Einkommen. Im Gegensatz dazu nehmen die **indirekten** / *direkten* Steuern keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation der Steuerpflichtigen.

111. Ordnen Sie Steuerarten bzw. Steuerform korrekt zu.

	Direkte Steuer	Indirekte Steuer
a. Mehrwertsteuer (MWSt)		x
b. Einkommenssteuer gemäss Steuererklärung	x	
c. Vermögenssteuer	x	
d. Motorfahrzeugsteuer		x

112. Unter Steuerprogression versteht man:

	r	f
a. Die steuerliche Entlastung von Familien durch erhöhte Abzüge.		x
b. Steigende Steuersätze mit zunehmendem Einkommen und Vermögen.	x	
c. Höhere Steuereinnahmen beim Verkauf von Luxusprodukten.		x

113. Was trifft auf die indirekten Steuern zu?

	r	f
a. Indirekte Steuern werden nach Konsum, Besitz und Aufwand erhoben.	x	
b. Das steuerpflichtige Einkommen spielt bei der Berechnung eine Rolle.		x
c. Sie werden aufgrund der Steuererklärung erhoben.		x
d. Eine der wichtigsten indirekten Steuern ist die Mehrwertsteuer.	x	

114. Die Steuererklärung

In der Steuererklärung werden Angaben verlangt

	r	f
a. zu den Personalien wie Zivilstand, Anzahl der Kinder, u.a.	x	
b. zur Parteizugehörigkeit		x
c. zu den Einkünften	x	
d. zu den Berufsauslagen	x	
e. zu einer Vereinszugehörigkeit		x
f. zum Vermögen	x	
g. zur Konfession	x	

115. Welche Kosten kann eine erwerbstätige, natürliche Person ganz oder teilweise vom Einkommen abziehen?

	r	f
a. Krankenkassenprämien für die Grundversicherung	x	
b. Auslagen für Ferienreisen in der Schweiz		x
c. Leasingrate für Privatauto		x
d. Arbeitsweg und auswärtige Verpflegung	x	
e. Beiträge an die Säule 3a	x	
f. Kauf von Möbeln		x

116. Was passiert, wenn man die Steuererklärung auch nach mehrmaliger Mahnung und Busse nicht einreicht?

- Die Behörde schätzt von sich aus die Einkommens- und Vermögensverhältnisse ein. Gegen diese Einschätzung kann man nur Einsprache machen, wenn sie offensichtlich falsch ist; man muss eine weitere Gebühr bezahlen.

117. Aussagen zur Verrechnungssteuer

	r	f
a. Die Verrechnungssteuer ist ein Instrument zur Eindämmung von Steuerhinterziehung.	x	
b. Die vom Sparzins abgezogene Verrechnungssteuer erhält der Sparer nicht mehr zurück; sie wird als indirekte Steuer eingezogen.		x
c. Die Bank überweist dem Bund 35% des Sparguthabens. Wenn der Sparer in der Steuererklärung alle Einkünfte wahrheitsgetreu aufführt, wird ihm die Verrechnungssteuer zurück-erstattet.		x

Unterrichtsthema 6: Globale Herausforderungen

Europäische Union und europäische Integration

118. Aussagen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit

	r	f
a. Der Markt innerhalb der Grenzen der EU (Binnenmarkt) ist nach einheitlichen Regeln organisiert.	x	
b. Der Binnenmarkt stützt sich auf 4 Grundfreiheiten (freier Personen-, Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehr).	x	
c. Die Regeln des Binnenmarktes sind Empfehlungen und nicht verbindlich für die Mitgliedsländer.		x
d. Innerhalb des Binnenmarktes sind die Zölle abgeschafft.	x	
e. Alle EU-Staaten müssen sich der Währungsunion anschliessen.		x

119. Aussagen zur gemeinsamen Aussen – und Sicherheitspolitik

	r	f
a. Die EU tritt gegen aussen sehr stark und geeint auf.		x
b. Die EU verfügt über keine eigene Armee.	x	

120. Aussagen zur Innen- und Rechtspolitik

	r	f
a. Mit dem Schengen-Abkommen wurden die Grenzkontrollen innerhalb der EU abgeschafft.	x	
b. Mit dem Schengen-Abkommen wurde das EU-Bürgerrecht geschaffen.		x
c. Die Bürger/innen der Mitgliedsländer der EU sind auch EU-Bürger/innen.	x	
d. Das Dublin-Abkommen regelt das Asylrecht innerhalb der EU.	x	
e. Das Dublin-Abkommen will verhindern, dass Asylsuchende in mehreren Ländern der EU einen Asylantrag stellen können.	x	

121. Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Aus diesem Grund hat die Schweiz ein grosses Interesse die Zusammenarbeit mit der EU in verschiedenen Bereichen zu regeln. Wie nennt man das Vertragswerk zwischen der Schweiz und der EU?

- **Bilaterale Abkommen Schweiz – EU**

122. Aussagen zu einzelnen Abkommen Schweiz – EU

	r	f
a. Das Personenfreizügigkeitsabkommen erlaubt EU-Bürger/innen (unter gewissen Voraussetzungen) in der Schweiz zu arbeiten und sich hier niederzulassen. Dasselbe gilt umgekehrt für Schweizer Bürger/innen.	x	
b. Seit Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsabkommen hat die Schweiz eine hohe Zuwanderung an schwedischen Staatsbürger/innen zu verzeichnen.		x
c. Die Schweiz ist Mitglied des Schengen-Raums.	x	
d. Die Schweiz verzichtet auf systematische Personenkontrollen an der Grenze.	x	
e. Das Dublin-Abkommen ermöglicht der Schweiz zu erkennen, ob ein Asylsuchender in einem EU-Land bereits ein Asylgesuch gestellt hat.	x	

Internationale Organisationen

123. Vereinte Nationen: Die UNO ist die einzige umfassende Organisation sämtlicher anerkannter Staaten der Welt (ausser dem Vatikan). Sie vertritt praktisch die ganze Weltbevölkerung. Nennen Sie zwei Ziele der UNO!

- **Sicherung des Weltfriedens**
- **Einhaltung des Völkerrechtes**
- **Schutz der Menschenrechte**
- **Förderung der internationalen Zusammenarbeit**

124. Aussagen zur UNO:

	r	f
a. Die Beschlüsse der Generalversammlung sind für alle Mitgliedstaaten bindend.		x
b. Die Beschlüsse des Sicherheitsrates sind für alle Mitgliedstaaten bindend.	x	
c. Im Sicherheitsrat haben die fünf ständigen Mitglieder ein Vetorecht.	x	
d. Das Hauptziel der UNO ist, den Welthandel zu fördern.		x

125. Welthandelsorganisation WTO: Welches ist das Ziel der WTO?

	r	f
a. Den Hunger in der Welt bekämpfen		x
b. Weltweit Bildungsmöglichkeiten für alle schaffen		x
c. Einheitliche Regeln im Welthandel schaffen	x	

126. In welchen Organisationen ist die Schweiz Mitglied? Kreuzen Sie an.

	r	f
a. UNO	x	
b. NATO		x
c. EU		x
d. WTO	x	

127. IKRK: Welches ist das Hauptziel des Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK)?

- **Menschliches Leiden verhüten und lindern**

128. Nennen Sie eine Nichtregierungsorganisation, die sich für politische Gefangene und gegen Menschenrechtsverletzungen einsetzt!

- **Amnesty International; Human Rights Watch; IKRK**

129. Erklären Sie den Begriff „Non-Profit-Organisation“?

- **Im Gegensatz zu einem Unternehmen verfolgt eine Non-Profit –Organisation nicht das Ziel Gewinn (Profit) zu erwirtschaften, sondern gemeinnützig tätig zu sein.**

Globalisierung

130. Welche der folgenden Behauptungen sind richtig, Kreuzen Sie an.

	r	f
a. Unter Globalisierung versteht man die weltweite Angleichung der Zolltarife.		x
b. Die Schweiz ist als neutraler Staat von der Globalisierung nicht stark betroffen.		x
c. Eines der Merkmale der Globalisierung ist die enorme Zunahme des grenzüberschreitenden Warenhandels.	x	
d. Die Arbeitnehmenden sind von Globalisierungsprozessen wenig betroffen.		x
e. Die Vermischung verschiedener Kulturen nimmt zu.	x	

131. Im Zuge der Globalisierung entstanden grosse Handelsblöcke. Nennen Sie zwei!

4

- EU, USMCA (USA und Kanada), Mercosur, ASEAN

132. Der grenzüberschreitende Handel ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Notieren Sie zwei Gründe, die diese Zunahme begünstigt hat.

4

- Zunahme von Anzahl und Grösse multinationaler Unternehmen
- Lockerung/Aufhebung von Handelshemmnissen
- Zunahme des Dienstleistungsverkehrs
- Schnellerer Informationsaustausch (Internet)

133. Nennen Sie zwei Gründe, warum der internationale Handel für die Schweiz wichtig ist.

- Fehlende Rohstoffe
- Zu kleiner Binnenmarkt für stark spezialisierte Industriezweige (Maschinen, Hightech, Finanzen, etc.)
- Rund jeder zweite Franken wird im Ausland verdient
- Import von Gütern, die die Schweiz nicht herstellt (z.B. Autos)

Auswirkungen der Globalisierung

134. Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Schweiz? Zählen Sie zwei Auswirkungen auf!

- Starker Kostendruck auf der Produktion, Auslagerung der Produktion in Billiglohnländer
- Schlecht qualifizierte Arbeitnehmende scheiden aus dem Arbeitsmarkt aus; Sozialkosten für den Staat steigen
- Schweizer Arbeitnehmende stehen vermehrt in Konkurrenz mit ausländischen Arbeitnehmenden
- Konsument/innen profitieren von Billigimporten
- Schneller Wandel in allen Bereichen als Herausforderung für die Gesellschaft

135. Nennen Sie drei weltweit drängende Umweltprobleme!

- Treibhausgasemission/ Klimawandel
- Abholzung der Regenwälder
- Ressourcenverknappung
- Gewässerverschmutzung, Trinkwasserversorgung
- Abfallbewirtschaftung
- Artensterben

136. *Im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie spricht man vom „ökologischen Fussabdruck“. Beschreiben Sie, was man darunter versteht!*

4

- Unter dem Ökologischen Fußabdruck wird die Fläche auf der Erde verstanden, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (unter Fortführung heutiger Produktionsbedingungen) dauerhaft zu ermöglichen. Gemessen in glob. Hektaren beispielsweise pro Person.

137. *Auf welchen drei Kontinenten ist der ökologische Fussabdruck deutlich zu hoch?*

4

- Europa, Nordamerika und Australien

138. *Welche Folgen ergeben sich aus dem von Menschen verursachten Klimawandel? Schreiben Sie drei auf!*

- Globale Erwärmung
- steigende Meeresspiegel
- schmelzende Gletscher
- stärkere oder häufigere Wetterextreme
- mehr Umweltflüchtlinge

Unterrichtsthema 7: Partnerschaft und Gesellschaft

Zusammenleben in Konkubinat und Ehe

139. Was versteht man unter dem Begriff „Konkubinat“?

- Zusammenleben von Sexualpartnern ohne verheiratet zu sein
- Ehe ohne Eheschein/Trauschein
- Probe-Ehe

140. Da in einem Konkubinat rechtlich wenig geregelt ist, ist es ratsam, zu wichtigen Lebensbereichen in guten Zeiten Abmachungen zu treffen. Diese können in einem Konkubinatsvertrag festgehalten werden. Beschreiben Sie drei Punkte, die in einem Konkubinatsvertrag geregelt werden sollten.

- Wem gehört was
- Wer bezahlt wieviel an die Lebenshaltungskosten; wer beteiligt sich wie an Hausarbeiten
- Wie regelt man eine allfällige Trennung
- Wie werden Neuanschaffungen finanziert
-

141. Wer darf eine Ehe eingehen (Ehevoraussetzungen)?

- Wer handlungsfähig ist (urteilsfähig und volljährig)

142. Wird nichts anderes vereinbart, gilt in der Ehe folgender Güterstand:

- Errungenschaftsbeteiligung

143. Wie heissen die beiden anderen Güterstände?

- Gütergemeinschaft und Gütertrennung

144. Eigengut oder Errungenschaft im ordentlichen Güterstand? Kreuzen Sie an!

	Eigengut	Errungenschaft
a. Gegenstände, die ausschliesslich dem persönlichen Gebrauch eines Ehepartners dienen.	x	
b. Erträge des Eigengutes		x
c. Arbeitserwerb (Lohn)		x
d. Erbschaften	x	
e. Sozialleistungen		x
f. Aus dem Arbeitserwerb gebildete Ersparnisse		x

145. Aussagen zum Eherecht. Kreuzen Sie an!

	r	f
a. Die Ehegatten bestimmen gemeinsam den ehelichen Wohnsitz.	x	
b. Das ZGB hält fest, dass es eine gesetzlich vorgeschriebene Rollenteilung gibt.		x
c. Die Ehegatten verpflichten sich einander beizustehen und für Erziehung und Unterhalt der Kinder zu sorgen.	x	
d. Die Ehefrau wird Bürgerin am Bürgerort des Mannes und verliert ihr bisheriges Bürgerrecht.		x

Scheidungsrecht

146. Aussagen zum Scheidungsrecht: Richtig oder falsch?

	r	f
a. Bei einer Scheidung beurteilt das Gericht, wer schuld ist, dass die Ehe auseinandergebrochen ist.		x
b. Ein Scheidungsgrund liegt vor, wenn ein gemeinsames Scheidungsbegehren eingereicht wird.	x	
c. Eine Ehe wird spätestens nach zwei Jahren geschieden, auch wenn nur ein Ehepartner ein Scheidungsbegehren eingereicht hat.	x	
d. Getrennt lebende Ehepartner gelten rechtlich als geschieden.		x
e. Die Kinder werden nicht angehört, ob sie bei der Mutter oder beim Vater bleiben wollen.		x
f. Das während der Dauer der Ehe angesparte Pensionskassenkapital der beiden Ehepartner wird bei einer Scheidung je hälftig aufgeteilt.	x	

Erbrecht

147. Herr Müller stirbt. Er hinterlässt seine Freundin, seine Eltern und seine von ihm geschiedene Frau. Es ist kein Testament vorhanden. Wer erbt von Gesetzes wegen?

4

- Seine Eltern

148. Mit einem Testament kann man gesetzliche Erben auf den Pflichtteil setzen. Was versteht man unter dem Pflichtteil?

4

	r	f
a. Den Teil des Erbes, den der Erblasser testamentarisch den gesetzlichen Erben wegnehmen kann.		x
b. Den Teil des Erbes, den die Erben dem Staat als Erbschaftssteuer abliefern müssen.		x
c. Den Teil des Erbes, auf den die Erben unbedingten gesetzlichen Anspruch haben.	x	

Migration

149. Erklären Sie den Begriff „Migration“!

- Ein- und Auswanderung von Menschen

150. Viele Gründe bewegen Menschen dazu, ihr Heimatland zu verlassen. Man unterscheidet dabei Push- und Pull-Faktoren (Schub- und Sogfaktoren)

a. Nennen Sie drei Push-Faktoren, die Menschen aus ihrem ursprünglichen Gebiet „wegdrücken“:

- Krieg
- Verfolgung wegen
 - der Religion,
 - der politischen Überzeugung
 - oder aus rassistischen Gründen
- Umweltkatastrophen (z.B. Überschwemmungen, Hungersnöte)
- Überbevölkerung verbunden mit Armut, Arbeitslosigkeit, Mangel an Zukunftsperspektiven

b. Nennen Sie drei Pull-Faktoren, die Menschen von einem anderen Gebiet „anziehen“:

- Gute Verdienstmöglichkeiten
- Hoher Lebensstandard
- Wohlstand
- Sicherheit vor Verfolgung, Gewährleistung von Menschenrechten
- Toleranz gegenüber Religionen, und Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen
- Gute Bildungsmöglichkeiten

151. Warum gehört die Schweiz zu den Staaten mit dem höchsten Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung? Nennen Sie zwei Gründe!

4

- Alle Pull-Faktoren vorhanden
- Im Vergleich mit anderen Ländern werden weniger Einbürgerungen vorgenommen
- Einbürgerungsverfahren ist vergleichsweise kompliziert und langwierig
- Viele Einwohner aus EU-Staaten, die wegen der Personenfreizügigkeit kein Interesse am Schweizer Pass haben

152. Aus welchen Herkunftsregionen stammt der grösste Teil der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz?

4

	r	f
a. EU-Länder wie Italien, Deutschland, Portugal, Spanien	x	
b. Ex-Jugoslawien (Serbien, Kosovo, Montenegro, Mazedonien, Kroatien und Bosnien) /Süd-Ost-Balkan		x
c. Afrikanische Staaten wie Eritrea, Nigeria, Somalia, Sudan		x
d. Länder des Mittleren Ostens wie Iran, Irak, Syrien		x

Unterrichtsthema 8: Berufliche Zukunft planen

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung

153. Zählen Sie zwei Möglichkeiten auf, wie Sie sich nach Abschluss der Lehre weiterbilden und für den Arbeitsmarkt fit halten können.

- Berufsmatura nach der Lehre
- Berufsprüfung/Fachausweis; Höhere Fachprüfung
- Fachhochschule
- Sprachaufenthalt/Sprachkurse
- Betriebsinterne Kurse
- U.a.

154. Nennen Sie drei sinnvolle und realistische Möglichkeiten, wie Sie eine finanziell und zeitlich anspruchsvolle Weiterbildung finanzieren können.

- Eine Teilzeitstelle annehmen
- Staatliches Ausbildungsdarlehen beantragen, Stipendien beantragen
- Darlehen oder Unterstützung von der Familie
- Arbeitgeber um Weiterbildungsbeitrag anfragen
- Vom Vermögen zehren

Wichtige rechtliche Formen von Arbeitsverhältnissen

155. Der grösste Teil der Arbeitsverhältnisse untersteht einem Einzelarbeitsvertrag und/oder einem Gesamtarbeitsvertrag. Ergänzen Sie die Tabelle mit den geforderten Informationen!

	Einzelarbeitsvertrag	Gesamtarbeitsvertrag
Wer sind die Vertragsparteien?	Einzelner Arbeitgeber und einzelner Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen	Arbeitgeberverbände und Arbeitnehmerverbände (Organisationen der Arbeitswelt)
Gesetzliche Formvorschriften	formlos gültig	schriftlich

156. Gesamtarbeitsverträge sind politisch und volkswirtschaftlich wichtig, da sie dem Erhalt des Arbeitsfriedens dienen. Was versteht man unter „Arbeitsfrieden“?

- Konflikte zwischen den Vertragsparteien werden am Verhandlungstisch gelöst und nicht mit Kampfmassnahmen.
- So ist es den dem GAV unterstehenden Arbeitnehmenden verboten zu streiken. Den dem GAV unterstehenden Arbeitgebenden ist verboten, die Arbeitnehmenden auszusperrern.

Rechte und Pflichten nach Einzelarbeitsvertrag (OR)

157. In welchen Bundesgesetzen und anderen rechtlichen Normen schlagen Sie nach, wenn Sie arbeitsrechtliche Probleme haben?

	r	f
a. Obligationenrecht	X	
b. Konsumkreditgesetz		X
c. Arbeitsgesetz	X	
d. Gesamtarbeitsvertrag Ihrer Branche	X	

158. Welche Behauptung in Bezug auf einen mündlich abgeschlossenen Arbeitsvertrag ist richtig?

	r	f
a. Es ist rechtlich gesehen gar kein Arbeitsvertrag.		X
b. Es ist keine Kündigungsfrist einzuhalten.		X
c. Es gibt keine Probezeit.		X
d. Die Ferienansprüche gemäss OR müssen gewährt werden.	X	

159. Art. 335b Abs. 1 OR erklärt den ersten Monat eines Arbeitsverhältnisses als Probezeit. Welchen Sinn hat diese Probezeit?

- Arbeitgeber wie Arbeitnehmer können überprüfen, ob die gegenseitigen Erwartungen erfüllt werden. Falls nicht, kann das Arbeitsverhältnis innerhalb kurzer Frist aufgelöst werden.

160. Nennen Sie zwei Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, wenn Arbeitnehmende zu Überstunden verpflichtet werden!

- Die Überstunden müssen betrieblich notwendig sein.
- Das Leisten von Überstunden muss dem Arbeitnehmenden nach Treu und Glauben zumutbar sein.

161. Wie müssen Überstunden nach Gesetz entschädigt werden?

- Mit Freizeit oder 25% Lohnzuschlag

162. Der Arbeitgeber muss den Arbeitnehmenden eine Lohnabrechnung zustellen.

Welche Sozialversicherungsabzüge müssen zwingend gemacht werden und aufgeführt sein?

	r	f
a. Krankentaggeldversicherung		X
b. Alters- und Hinterlassenenversicherung und Invalidenversicherung	X	
c. Arbeitslosenversicherung	X	
d. Erwerbsersatzordnung	X	
e. Rechtsschutzversicherung		X
f. Unfallversicherung (Nichtberufsunfallversicherung)	X	

163. Was versteht man unter „Schwarzarbeit“?

- **Allgemein: Erwirtschaften von Einkommen ohne Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zu bezahlen.**
- **Konkreter: selbständige oder unselbständige Erwerbstätigkeit unter Missachtung gesetzlicher Vorschriften des Steuer-, Sozialversicherungs-, Wettbewerbs- und Ausländerrechts.**

164. Ferien: Welche Aussagen stimmen?

	r	f
a. 17-jährige Arbeitnehmende haben 4 Wochen Ferien.		x
b. 21-jährige Arbeitnehmende haben mindestens 4 Wochen Ferien.	x	
c. Erkrankte Arbeitnehmende in den Ferien, können sie die verlorenen Ferientage nachziehen, wenn die Krankheit durch ein Arztzeugnis belegt ist.	x	
d. Arbeitnehmende können die Ferien von sich aus festlegen.		x
e. Wenigstens zwei Wochen der Ferien müssen zusammenhängend gewährt werden.	x	
f. Ferien dienen der Erholung.	x	
g. Auf Verlangen der Arbeitnehmenden kann anstelle von Ferien auch der Lohn ausbezahlt werden.		x

165. Für Arbeitnehmende besteht eine gesetzliche Treuepflicht gegenüber dem Arbeitgeber.

Welche der folgenden Aussagen verletzen die Treuepflicht?

Irene wohnt in Oftringen und arbeitet 100% in einem Coiffeursalon an ihrem Wohnort:	r	f
a. Sie verbringt die Ferien in einem kleinen Dorf auf Sizilien und schneidet dort zu bescheidenem Preis die Haare einiger Dorfbewohner.		x
b. Sie hat zu Hause einen einfachen Salon eingerichtet und frisiert in ihrer Freizeit zu einem reduzierten Preis ihre Kollegen und Kolleginnen neu.	x	
c. Sie hilft gegen Lohn am Sonntagmittag in der Pizzeria ihrer Eltern aus.		x
d. Sie will sich selbständig machen und kopiert die Kundenkartei ihres Arbeitgebers, um für ihr neues Geschäft gezielt Werbung zu machen.	x	

166. Für welche Schäden haften Arbeitnehmende nach Gesetz?

- **Für Schäden, die sie fahrlässig oder absichtlich herbeiführen**

167. Arbeitnehmende können vom Arbeitgeber ein Arbeitszeugnis oder eine Arbeitsbestätigung verlangen. Welches ist der grundlegende Unterschied zwischen einem Arbeitszeugnis und einer Arbeitsbestätigung?

- **Im Arbeitszeugnis wird eine Wertung vorgenommen.**

168. Aussagen zur Kündigung

	r	f
a. Eine Kündigung muss auf Verlangen begründet werden.	x	
b. Eine fristlose Kündigung ist möglich, wenn das Arbeitsverhältnis nach Treu und Glauben nicht fortgesetzt werden kann.	x	
c. Das Kündigungsschreiben muss am letzten Tag vor Beginn der Kündigungsfrist im Besitz des Arbeitgebers sein.	x	
d. Es genügt, wenn das Kündigungsschreiben den Poststempel des letzten Tages vor Beginn der Kündigungsfrist trägt.		x
e. In der Regel wird auf Ende Monat gekündigt.	x	
f. Die Kündigungsfristen sind im Arbeitsvertrag, im OR oder im GAV nachzulesen.	x	
g. Wird bei einer Kündigung die Frist nicht eingehalten, ist die Kündigung nichtig.		x

Bedeutung und Funktion der Sozialwerke

169. Das schweizerische Vorsorgemodell nennt man auch das 3-Säulen-Konzept der Vorsorge. Ordnen Sie den nachfolgenden Begriffen bzw. Aussagen die korrekte Säule zu. 1=erste Säule, 2=zweite Säule, 3=dritte Säule

	Säule
a. Berufliche Vorsorge	2
b. Staatliche Vorsorge	1
c. Private Vorsorge	3
d. AHV	1
e. Lebensversicherungen	3
f. Sicherung der gewohnten Lebenshaltung im Alter	2
g. Kauf eines Eigenheims (gebundene Vorsorge)	3
h. Pensionskasse	2
i. Für alle arbeitenden Personen ab 1. Januar ab erfüllten 17. Lebensjahr obligatorisch	1
j. Deren Beiträge werden in der Regel vom Arbeitgeber nicht mitgetragen.	3

170. Aussagen zu den Sozialwerken der Schweiz:

	r	f
a. Die Invalidenversicherung finanziert Massnahmen, damit sich jemand wieder ins Erwerbsleben eingliedern kann.	x	
b. Die Arbeitslosenversicherung erbringt nur Leistungen bei Arbeitslosigkeit.		x
c. Frauen leisten keine Abgaben für die Erwerbersatzordnung, da sie keinen obligatorischen Militär- oder Zivildienst absolvieren müssen.		x
d. Das Finanzierungssystem der AHV nennt man „Umlageverfahren“.	x	
e. Jeder Arbeitnehmer muss Pensionskassenbeiträge bezahlen.		x
f. Anspruch auf eine volle AHV-Rente haben nur die Erwerbstätigen, die keine Beitragslücken aufweisen.	x	
g. Die Versicherungsprämien für AHV/IV/EO/ALV werden von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden bezahlt.	x	

Unterrichtsthema 9: Selbstständig leben

Finanzielle Möglichkeiten und Wohnformen

171. Nennen Sie je einen Vor- und einen Nachteil der folgenden Wohnformen:

„Hotel Mama“ (bei den Eltern/einem Elternteil wohnen)

Vorteile

- Günstiger Wohnraum
- Günstiger „Service“, z.B. Essen, Putzen, Wäsche etc.
- Mehr Geld übrig zum Sparen und Konsumieren
- Familienanschluss/Nestwärme

Nachteile

- Weniger Gestaltungsfreiraum (Alltag, Einrichtung, anderes)
- Weniger Übung bezüglich Selbstständigkeit und Eigenverantwortung

Alleine wohnen

Vorteile

- Viel Freiraum bezüglich Alltagsgestaltung und Wohnungseinrichtung
- Selbstständigkeit und Unabhängigkeit

Nachteile

- Hohe Lebenshaltungskosten
- Alle Haushaltarbeiten muss man selber erledigen
- Beziehungsleben muss man organisieren

Wohngemeinschaft

Vorteile

- Geteilte, daher günstigere Lebenshaltungskosten
- Haushaltarbeiten werden aufgeteilt
- WG-Partner als neue „Familie“

Nachteile

- Wenn die WG nicht klappt: Konflikte und Ärger

172. Welche Faustregel gilt bezüglich der Höhe der Wohnkosten gemessen am Einkommen?

- Max. 1/3 des Nettoeinkommens; 1/4 bei kleineren Einkommen

Wesentliche Grundlagen des Mietrechts

173. Aussagen zum Mietvertrag

	r	f
a. Ein gültiger Mietvertrag muss schriftlich abgeschlossen werden.		x
b. Der Vermieter hat das Recht eine Kautions in der vierfachen Höhe der Miete zu verlangen.		x
c. Der Mietvertrag muss jedem Ehepartner einzeln zugestellt werden.	x	
d. Der Mietvertrag muss schriftlich gekündigt werden.	x	

174. Nennen Sie zwei Pflichten des Vermieters!

- Er überlässt dem Mieter die Wohnung zum Gebrauch.
- Er übergibt die Wohnung zum vereinbarten Zeitpunkt in einem tauglichen Zustand.
- Er unterhält die Wohnung während der Mietdauer.

175. Nennen Sie zwei Pflichten des Mieters!

- Er zahlt dem Vermieter einen Mietzins.
- Er muss die Wohnung sorgfältig gebrauchen.
- Er darf die Wohnung ohne Wissen des Vermieters nicht untervermieten.
- Er muss die Wohnung in dem Zustand zurückgeben, der sich aus dem vertragsgemässen Gebrauch ergibt.

176. Wofür haftet der Mieter?

	r	f
a. Für Schäden infolge unsorgfältiger Behandlung	x	
b. Für Schäden infolge normaler Abnutzung		x
c. Für absichtlich verursachte Schäden	x	
d. Für die Folgen von nicht gemeldeten Schäden	x	

177. Welche Nebenkosten muss der Mieter dem Vermieter bezahlen?

	r	f
a. Energiekosten für Heizung	x	
b. Hauswartkosten	x	
c. Hypothekarzins		x
d. Stromkosten für allgemeine Beleuchtung	x	
e. Kaminfeger	x	
f. Ersatz einer Waschmaschine		x

178. Wer ist zuständig für folgende Aufgaben in einer Mietwohnung? Kreuzen Sie an!

	Mieter	Vermieter
a. Heizkörper ersetzen		x
b. Glühbirnen austauschen	x	
c. Wasserhahndichtung wechseln	x	
d. Miet-Kautions bezahlen	x	
e. Mietvertrag ausstellen		x
f. Zerbrochene Zahnputzgläser ersetzen	x	
g. Ablauf des Spültroges reinigen	x	

179. **Mitten im Winter fällt die Heizung aus und es wird empfindlich kalt in der Wohnung. Der Mieter meldet diesen schweren Mangel dem Vermieter. Dieser unternimmt nichts.**

Welche gesetzlichen Möglichkeiten hat der Mieter? Schreiben Sie zwei auf.

- **Den Mietzins bis zur Behebung des Mangels herabsetzen und den herabgesetzten Betrag bei der zuständigen Schlichtungsbehörde hinterlegen.**
- **Ersatz für den dadurch entstandenen Schaden**
- **Allenfalls fristlose Kündigung**
- **Behebung des Mangels auf Kosten des Vermieters**
- **Hinterlegung der Miete bei der zuständigen Schlichtungsbehörde**

180. **Kündigung und Mietzinserhöhung**

	r	f
a. Die Kündigung durch den Vermieter muss mit einem amtlichen Formular erfolgen.	x	
b. Mietzinserhöhungen gelten ab dem folgenden Monat nach Erhalt der Ankündigung.		x
c. Hypothekarzinsenerhöhungen haben meistens Mietzinssenkungen zur Folge.		x
d. Im Gegensatz zum Vermieter kann der Mieter auch mündlich kündigen.		x
e. Die Kündigung des Mietvertrags (Wohnung) per 31. März 20XX trifft am 03. Januar 20XX beim Vermieter ein. Diese Kündigung ist grundsätzlich ungültig, weil die Kündigungsfrist nicht eingehalten wurde.		x
f. Eine Mietzinserhöhung, die auf normalem Briefpapier angekündigt wird, ist ungültig.	x	
g. Will der Vermieter einem Ehepaar kündigen, schickt er die Kündigung mit einem amtlichen Formular rechtzeitig und eingeschrieben dem Ehemann.		x

181. **Nennen Sie eine Bedingung, die erfüllt sein muss, damit man vorzeitig - ohne Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist - aus dem Mietvertrag „aussteigen“ kann.**

- **OR 264: ..., wenn er einen zumutbaren neuen Mieter vorschlägt; dieser muss zahlungsfähig und bereit sein, den Mietvertrag zu den gleichen Bedingungen zu übernehmen.**

Privathaftpflicht- und Hausratversicherung

182. **Welche zwei nicht obligatorischen Versicherungen sollten Sie abschliessen, wenn Sie eine Wohnung mieten?**

- **Hausratversicherung**
- **Privathaftpflicht**

183. **Was versteht man unter Privathaftpflicht? Erklären Sie an einem konkreten Beispiel aus Ihrem Alltag!**

Beispiel:

- **Aus Unachtsamkeit leere ich ein Glas Wein auf den weissen Designer-Teppich der Nachbarin. Der Teppich ist ruiniert. Meine Privathaftpflicht übernimmt diesen Schaden.**

184. **Um für Schäden haftpflichtig zu werden, muss ein Verschulden vorliegen. In einigen Fällen wird man aber auch haftpflichtig ohne Verschulden. Dies nennt man Kausalhaftung.**

Nennen Sie zwei Fälle von Kausalhaftung!

- **Tierhalterhaftung**
- **Motorfahrzeughalterhaftung**
- **Werkeigentümerhaftung**

185. Versicherungstechnische Fachbegriffe: Welche Definitionen sind korrekt?

	r	f
a. Neuwert:		
Im Falle eines Verlusts der Sache ersetzt mir die Versicherung die Sache zum aktuellen Marktpreis.	x	
Im Falle eines Verlusts der Sache ersetzt mir die Versicherung die Sache zum Marktpreis zur Zeit der Anschaffung.		x
b. Zeitwert		
Als Zeitwert wird der Betrag bezeichnet, der für die Neuanschaffung oder die Wiederherstellung einer gleichartigen Sache erforderlich ist, abzüglich der Wertminderung infolge von Abnutzung, Alter oder anderen Gründen.	x	
c. Prämie		
Die Prämie ist der Preis, den der Versicherungsnehmer dafür entrichtet, dass der Versicherer im Schadenfall die vereinbarten Leistungen erbringt.	x	
Unter Prämie versteht man eine Gutschrift der Versicherer, wenn man keine Versicherungsleistungen beansprucht hat.		x
d. Versicherungssumme		
Die Versicherungssumme richtet sich bei Sachversicherungen nach dem Wert der Sache. Es ist die in der Versicherungspolice festgehaltene Summe, die im Maximum ausbezahlt wird, wenn ein Schadenfall eintritt.	x	
Die Versicherungssumme hat keinen Einfluss auf die Höhe der Prämien.		x
Unterversicherung, z.B. beim Hausrat, liegt vor, wenn die Versicherungssumme tiefer liegt als der Wert des gesamten Hausrates. Der Versicherer kann seine Leistung im Schadensfall kürzen.	x	
e. Regress		
Wer eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen hat, braucht keinen Regress zu bezahlen.		x
Wenn ein Versicherter grobfahrlässig einen Schaden verursacht, begleicht seine Versicherung den Schaden, fordert aber einen Teil des Betrages vom Versicherten zurück.	x	
f. Selbstbehalt		
Bei vielen Versicherungen trägt der Versicherte einen Teil des Schadens selbst. Mit einem Selbstbehalt soll vermieden werden, dass viele Kleinschäden angemeldet werden.	x	
Bei Schäden über CHF 1 000.- muss kein Selbstbehalt bezahlt werden.		x